

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung. Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr nach Vereinbarung Platz- und Datenvorschriften ohne Anzeigenpreise Verbindlichkeit. Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a Fernruf: F 7, Jannowitz, 5969. Postscheckkonto Berlin Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G m b H).

NUMMER 111 A

BERLIN • Freitag, den 13. Mai 1932

1. JAHRGANG

Fromme Wünsche im Reichstag. Brüning an die anderen. — Bedeutung einer Arbeiterpolitik.

40-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.

Die Kommunistische Reichstagsfraktion hat einen Gesetzentwurf eingebracht, wonach die Arbeitszeit auf höchstens sieben Stunden täglich bzw. 40 Stunden in der Woche bei Zahlung des Lohnausgleichs festgesetzt werden solle.

Beschränkung der deutschen Ausfuhr.

Rpt. Die nationalsozialistische Reichstagsfraktion hat einen Gesetzentwurf über die Kontingentierung der Einfuhr eingebracht, wonach unabhängig von der Zollregelung die Wareneinfuhr nach Deutschland durch Festsetzung von Einfuhrkontingenten geregelt werden soll. Die Reichsregierung soll die Kontingente so festsetzen, daß die Einfuhr mengenmäßig auf die lebensnotwendigsten, in Deutschland nicht erzeugbaren Waren und Rohstoffe beschränkt wird. Eine handelsvertragliche Festlegung eines Kontingents soll unzulässig sein.

Diesen Antrag könnte man ebenso gut „Antrag zur Beschränkung der deutschen Ausfuhr“ nennen. Das würde zwar agitatorisch weit weniger wirksam sein, aber den Tatsachen ebenso gut oder sogar besser entsprechen. — Wie alle Autarkie-Schwätzer vergessen natürlich auch die Nationalsozialisten, zu erwähnen, daß jede Beschränkung der deutschen Einfuhr bei der Lage der Dinge zu einer weiteren Beschränkung der deutschen Ausfuhr führt und dadurch Arbeiter in den Exportindustrien arbeitslos macht, — und zwar im allgemeinen mehr, als durch die Produktion derjenigen Güter Beschäftigung finden, die zum Ersatz der jetzt gedrosselten Einfuhr in Deutschland produziert werden; denn die weitere Verteuerung dieser Güter durch die Schaffung eines Inlandsmonopols hemmt natürlich ihren Absatz.

Verbilligung des Zuckers!

Die staatsparteiliche Reichstagsfraktion fordert in einem Antrag die Reichsregierung auf, den durch Reichsgesetz auf 20,50 Mark für 50 kg festgelegten Zuckerrhöchstpreis auf 15,50 Mark herabzusetzen mit dem Ziel einer Verbilligung des Zuckerkleinverkaufspreises um 10 Pfennig je Kilogramm. Eine Herabsetzung der Rübenübernahmepreise solle aus diesem Anlaß nicht erfolgen dürfen.

Ein sehr vernünftiger Antrag, der daher voraussichtlich abgelehnt werden wird. Viele der hier betroffenen Aktionäre der Zuckerfabriken gehören nämlich zu dem unbescheidensten Teil der herrschenden Klasse: zu den Großagariern. Sie werden also sicher auch in der Krise ihre Interessen wahrzunehmen verstehen.

Auch wir forderten (in unserem Leitartikel zum Krisenkongress des ADGB am 13. April) eine Senkung des Kleinhandelspreises für Zucker um 5 Pfennig pro Pfund. Unsere Rechnung ergab die Möglichkeit einer Ersparnis der deutschen Konsumenten von insgesamt 160 Millionen Mark jährlich. Da diese Stärkung der Massenkaukraft die Ueberwindung der Krise erleichtern würde und als Grundsatz der deutschen Wirtschaftspolitik nach wie vor nur der eine zu erkennen ist: die Krise zu verschärfen, können wir mit einer Verbilligung des Zuckers leider nicht rechnen.

Zu Brünings Rede.

Die Rede des führenden Staatsmannes Deutschlands ist ein Schulbeispiel für die Unfähigkeit, aus eigener Kraft, von der BRÜNING selber häufig gesprochen hat, etwas gegen die Not der Zeit zu unternehmen. Er konnte nur erzählen, wie gut und richtig immer Deutschland die Sachen gemacht hätte, und wie die anderen — auf der Abrüstungskonferenz und in den Reparationsfragen — immer alles verpatzt hätten, und wie nun Aussicht bestünde, daß der deutsche Standpunkt, der sich nicht verändert hätte (versteht sich!), anfangs, sich durchzusetzen. Und die „Germania“ hebt besonders hervor, daß der Kanzler mit „sorgenvollem Nachdruck . . . vor allem den verantwortlichen Staatsmännern des Auslands“ den „ungeheuren Ernst der Weltlage“ nahegebracht habe. Dazu brauchten die ausländischen Staatsmänner nicht den Kanzler. Wenn er immer von Handeln spricht, hätte er — und sein Freund STEGERWALD — ungeheuer viel Möglichkeit, in Deutschland damit anzufangen. Wir haben oft darauf hin-

Mißtrauensanträge abgelehnt.

Die Mißtrauensanträge gegen die Reichsregierung wurden heute mit 287 gegen 257 Stimmen abgelehnt.

Der mächt'gen Geier Fraß.

Die Meuterei auf zwei peruanischen Kriegsschiffen, die anfangs erfolgreich war und bereits zur Erklärung des Belagerungszustandes im Lande geführt hatte, ist beendet. Die Telegraphen-Union gibt nachfolgende Erklärung, die von dem weißen Terror, der jetzt in Peru wütet wird, einen Vorgeschmack gibt und zugleich die Verderbnis zeigt, mit der die herrschende Klasse ihre „Retter“ korrumpiert. Am Mittwoch nachmittag wurden acht Rädelsführer der Meuterer auf den Kreuzern „Grau“ und „Oberst Bolognesi“ vom Kriegsgericht zum Tode verurteilt und sofort erschossen. 15 Matrosen wurden zu je 15 Jahren und zehn Matrosen zu je zehn Jahren Gefängnis verurteilt. Ferner wurde ein Prozeß gegen die Führer der Apra-Partei eröffnet, die der Anstiftung der Meuterei beschuldigt werden. Der Matrose vom Kreuzer „Grau“, der an Land geschwommen war, um die Behörden vor der Meuterei zu warnen, wurde vom Präsidenten in Audienz empfangen und befördert. Die Behörden und die Einwohner von Callao haben ihm ein Haus geschenkt. In Lima ist nunmehr auch die katholische Universität wegen der Gefahr kommunistischer Umtriebe geschlossen worden.

gewiesen, daß es nicht besonders klug, und auch nicht höflich ist,

die Umkehr immer von den andern zu verlangen, vor allem, wenn diese andern Geld von Deutschland zu bekommen haben. Und das ganze ist noch unklüger, wenn das Deutsche Reich noch immer Geld für Dinge hat, die es sich nur aus Gründen der Kriegsbereitschaft hält, den deutschen Großgrundbesitz z. B. mit seiner unrentablen Produktion. Gewiß: auch die „andern“ sind ähnlich „schlau“. Wir haben erst vor kurzem von England berichtet, das sich seine Eisen- und Stahlindustrie aus Gründen „nationaler Sicherheit“ viel Geld kosten läßt. Und die französischen Sicherheitsorgane sind ebenfalls bekannt. Aber kann Deutschland sich auf keinen Fall klüger benehmen als seine Nachbarn? Fast scheint es so.

Von welchem grenzenlosen und schauderhaften Fatalismus die deutsche gegenwärtige Politik getragen ist, ersieht man aus diesen Worten BRÜNING: „Es gibt eine Hoffnung, und diese Hoffnung besteht für alle Länder der Welt darin, daß die Krise in den nächsten Wochen und Monaten auf der ganzen Welt so ungeheuer rapide Fortschritte machen wird, daß ein Warten auch nur um Wochen oder Monate die Welt in eine Situation hineinbringt, aus der vielleicht kein Land einen Ausweg mehr findet.“ Was kann man von einer solchen Regierung erwarten, für die das Chaos eine „Hoffnung“ darstellt!

Leider sind keinerlei Voraussetzungen gegeben, diese unfähige Regierung durch eine Arbeiterregierung zu ersetzen; denn nur eine solche hätte angesichts der Verfahrenheit der deutschen und internationalen Lage Aussicht, die Verhältnisse entscheidend, d. h. sozialistisch zu meistern. Die Kommunisten hatten gewiß recht mit ihren Zwischenrufen: Abtreten! die BRÜNING galten. Aber sie vergaßen, wie so oft, daß es mit dem Abtreten nicht getan ist, sondern daß dann auch einer antreten muß. Daß die Arbeiterschaft dazu heute nicht in der Lage ist, ist nicht die Schuld der Kommunisten allein. Die SPD und die Gewerkschaften tun alles, die Passivität der Kollegen und Genossen zu unterstützen. Und die KP, statt hier den Hebel auf vernünftige Art anzusetzen, d. h. durch eine ordentliche Gewerkschaftsarbeit in den Freien Gewerkschaften und durch eine eindeutige Klassenpolitik diesen Kurs ändern zu helfen, spaltet die Arbeiterorganisationen und lähmt damit die Massenkräfte.

Aus diesem Sumpf des Reformismus und des „linken“ Radikalismus kann auf die Dauer nur eine Aufbauarbeit herausführen, wie der ISK sie leistet.

Die wichtigsten Teile der Reden veröffentlichen wir an anderer Stelle dieser Nummer.

Stimmzettelfang.

Herriot und Blum.
Von Minna Specht.

Der neue Präsident.

In Frankreich gibt es keinen Artikel 48. Damit ist LEBRUN, wer er auch sei, in völlig anderer Lage als HINDENBURG, und das französische Volk, dessen Nationalversammlung einen Freund POINCARÉ, des Kriegsschürers, gewählt hat, in einer völlig andern Situation als das deutsche Volk unter dem Feldmarschall HINDENBURG.

LEBRUN ist im übrigen international so wenig bekannt, daß die Pressevertreter sich in diesen Tagen erst in Archiven die Daten über seine politische Vergangenheit zusammengesucht haben. Auch mit Hilfe dieser Archive ist nichts Bemerkenswertes zustande gekommen. Weder daß sein Bruder in irgend einem französischen Dorf noch den Pflug führt, noch daß er vor Verdun gekämpft hat, noch daß er einmal CLEMENCEAU sein Portefeuille zurückgegeben hat, als er vor dem Konflikt stand, entweder Minister zu bleiben oder seinen Wählern das Wort zu halten, stempelt ihn zu einem Mann, der trotz der Bindungen seines Amtes der französischen Politik durch seine Persönlichkeit ein eigenes Gepräge aufdrücken wird.

Die entscheidende Bindung, der der französische Präsident untersteht, ist die, daß er zwar alle Gesetze unterzeichnen muß, aber bei Nicht-Einwilligung die Kammerauflösung nicht auf eigene Faust, sondern nur im Einverständnis mit dem Senat vornehmen kann. Seine Befugnisse bei der Bildung des Kabinetts sind ebenso weitgehend durch die Tradition bestimmt und durch die Rechte der Kammer beschränkt, wie das bei Staatsoberhäuptern aller Demokratien der Fall ist. Friedens- und Handelsverträge, sowie alle internationalen Abmachungen, die die Staatsfinanzen betreffen, müssen von den beiden Kammern ratifiziert werden. Wirklich in seiner Hand liegt nur die letzte Entscheidung über die politischen Bündnisse mit anderen Staaten, ein Akt der Geheimdiplomatie, der freilich gerade bei der Nachkriegspolitik Frankreichs (man braucht nur an Polen und die Balkanstaaten zu denken) von entscheidender Bedeutung sein kann.

Insofern kommt der Wahl des rechtsstehenden LEBRUN, wenn auch keine entscheidende, aber doch eine erhebliche Bedeutung zu, und es ist zu verstehen, daß die Arbeiterparteien durch die Aufstellung FAURES, eines Sozialisten, und CACHINS, des Kommunisten, wenigstens eine Demonstration gegen die Nominierung des Kandidaten der Rechten unternommen haben, und daß die Selbstverständlichkeit, mit der die Radikalsozialisten für LEBRUN und gegen FAURE eingetreten sind, eine gewisse Befremdung erzeugten.

eine Vorahnung, daß HERRIOTS Kabinettsbildung keineswegs sicher im Zeichen des Linkskartells vor sich gehen wird.

Die neue Kammer.

Alles in allem waren die Kammerwahlen vom 1. und 8. Mai für die französische Politik viel bedeutsamer als die altmodische Zeremonie, die am Dienstag in Versailles stattgefunden hat.

In der folgenden Tabelle erscheinen die Mandatsveränderungen sehr deutlich, die diese Wahlen gezeitigt haben:

Parteien	Gewinne	Verluste
Kommunisten	4	—
Unabhängige Kommunisten	4	—
Sozialistische Republikaner	6	—
Sozialisten (BIUM)	18	—
Radikalsozialisten (HERRIOT)	49	—
Unabhängige Radikale	—	38
Linkerepublikaner (TARDIEU)	—	26
Demokraten	—	3
Republikanisch-Demokratische Union (MARIN)	—	10
Konservative	—	6

Die Mehrheit des französischen Volkes hat das Vertrauen zur Rechten verloren; es hat die Sitze der Linken auf der ganzen Linie vermehrt, genauer,

es hat dem linken Flügel der Mitte sein Vertrauen ausgesprochen.

TARDIEU hat freilich in seinem Demissionsschreiben, das er an den neuen Präsidenten gerichtet hat, behauptet, daß sein

Ministerium mit Stolz eine gesunde Lage zurücklasse, ein ruhiges und wohlgeordnetes Frankreich. Aber das Papier, dem er diese Zeilen anvertraute, war offenbar geduldiger als das Volk, das unter TARDIEUS Szepter lebte.

Eine amerikanische Zeitung — gibt eine eindrucksvolle Photographie wieder: ein altes Ehepaar geht, dem Beschauer den Rücken zuehend, mit seinem Enkelkind an der Hand, dem Dorfe zu. Unterschrift: „Die Provinz wendet sich ab von Paris“. Das Land war nicht mehr einverstanden mit dem, was in Paris geschah, mit den Subventionen an die Industrie, den hohen Exportzöllen, den politischen Auslandsanleihen, durch die nur Staaten gekauft wurden, die keine Zinsen zahlen. Da die Radikalsocialisten damit auch nicht einverstanden waren; da sie andererseits auch nichts getan haben, wodurch sie sich blamiert haben: so wurden sie 1932 gewählt. Eine Vorstellung von dem, was nun kommen wird, wie Frankreich seiner wirtschaftlichen Schwierigkeiten Herr werden soll, ist damit gewiß nicht verbunden. Aber wie sollte es auch! Die Völker sind unzufrieden mit dem, was ihre Regierungen über sie verhängen. Werden sie befragt, so geben sie dem Ausdruck. Sie stimmen gegen das, was war. Was kommt, ruht noch im Zeitenschoß.

Mitunter wissen wenigstens die Parteiführer, was sie vorhaben, mitunter wissen sie es auch nicht. Der Wahlsieger HERRIOT hat den Franzosen so gut wie nichts versprochen — was immerhin noch charaktervoller ist, als allen alles zu versprechen, wie es der deutsche Sieger getan hat.

Aber auf Grund dieser französischen Wahl über das System der Demokratie, durch das Deutschland am 24. April beinahe umgebracht worden wäre, einen Jubel anzustimmen unter der Überschrift: „Der Triumph des Stimmzettels“, und seine Wiedergeburt zu begrüßen, wie es die „Frankfurter Zeitung“, die unentwegte Demokratin, tut, ist Methode à la Coué. Diese Methode war eine Zeitlang berühmt; sie hat sich aber nicht bewährt.

Die Kommunisten in der Wahl.

Die Kommunisten (KPF) haben gegenüber 1928 vier Sitze gewonnen. Weitere vier kommunistische Sitze sind den „Renegaten“ zugefallen — um in der kommunistischen Terminologie zu sprechen; diese Gruppe zerfällt ihrerseits in zwei Richtungen, von denen aber keine, wie es bisher hieß, Trotzkisten sein sollen.

Eine Nachprüfung der Stimmzahlen im zweiten Wahlgang ergibt das Resultat, daß

Kommunisten in zehn Fällen gewählt worden sind, weil die Kandidaten der SP zu Gunsten der Kommunisten zurückgetreten sind.

Dies zeigt, daß die Sozialisten im allgemeinen der Parole ihrer Partei gefolgt sind, die ihnen empfahl, Kommunisten zu wählen, wo diese im ersten Wahlgang mehr Stimmen erreicht hatten als die SP.

In elf Fällen sind Reaktionäre gewählt worden, weil die Kommunisten nicht zu Gunsten von Sozialisten verzichtet haben,

die ihnen im ersten Wahlgang an Stimmen überlegen waren.

Obwohl die Kommunistische Partei ihre aussichtslosen Kandidaten im zweiten Wahlgang nicht zurückgezogen hat, haben dennoch viele Kommunisten im zweiten Wahlgang für die SP gestimmt, wie eine Zahlennachprüfung klar beweist.

Die Kommunisten verdanken also den Sozialisten zehn Sitze, die Sozialisten den Kommunisten elf Verluste und dank der Einsicht der kommunistischen Wähler den Sieg über einige Reaktionäre.

Die „Humanité“, die kommunistische Zeitung, charakterisiert das Verhalten der Sozialisten folgendermaßen: Eine Illustration der sozialistischen Manöver bietet der 10. Bezirk im Norden bei Lille. Der Kommunist erhielt im 1. Wahlgang 5728 Stimmen, der Sozialist 5535, der Reaktionär 9545, der Radikale 3927. Offizielle Entscheidung der Sozialistischen Partei: „Verzicht zu Gunsten des Kommunisten. Aber „von unten her“ kam es anders. Im zweiten Wahlgang erhielt der kommunistische Kandidat nur 7993 Stimmen; der Reaktionär wurde mit 11068 Stimmen gewählt, der Radikale erhielt 5400 Stimmen.

Die sozialistischen Wähler haben hiernach also zum Teil kommunistisch, zum Teil radikal gewählt. Aber was für eine verlogene Art der Beschwerde. Die Kommunisten selber haben da, wo sie durch Unterstützung der Sozialisten den Reaktionär hätten schlagen können, die Klasse verraten, und nennen es seelenruhig „ein sozialistisches Manöver“, wenn sozialistische Arbeiter der Klassenparole ihrer Führer entgegen sich nicht zur Wahl eines Kommunisten entschließen konnten.

Die Haltung der Sozialisten nach der Wahl.

Die Radikalsocialisten haben ihren Parteitag, der ursprünglich für den 18. Mai angesetzt war, und der über die Haltung der Partei in der Regierungsbildung entscheiden

soll, auf den 2. Juni verschoben. Das berührt seltsam, da TARDIEU gebeten hat, daß ihm die Neubildung des Kabinetts nicht wieder angeboten wird, die Regierung also sicher den Radikalsocialisten übergeben wird. Das Provisorium, das sowohl für die innere wie für die äußere Politik Frankreichs keine günstige Entwicklung bietet, wird durch diesen Entschluß künstlich verlängert. Was steckt dahinter? Es scheint, als ob HERRIOT die Absicht leitet, den Parteitag der Sozialisten abzuwarten, die sich darüber schlüssig werden müssen, in welcher Form sie die Radikalsocialisten fortan unterstützen werden.

HERRIOT ist also offenbar darauf aus, die Entscheidung darüber, ob in Frankreich eine Linkregierung zustande kommt, den Sozialisten in die Schuhe zu schieben.

LEON BLUM, der Führer der Sozialisten, hat denn auch im „Populaire“ bereits am Mittwoch hierzu Stellung genommen:

„Man versichert mir, daß die Sitzung des Vollzugsausschusses der Radikalsocialistischen Partei, die für den 18. Mai angesetzt worden war, auf den 2. Juni vertagt worden ist. Sollte dies zutreffen, so ist es nicht schwer, die Gründe dafür zu erkennen, auf die ich nicht näher einzugehen brauche. Wir Sozialisten haben jedoch keine Veranlassung, solange zu warten, um unsere Absichten zu erklären:

Wir wollen keine Konzentration; wir lassen nicht zu, daß die Wahlschlacht gleich nach ihrer Beendigung wieder vergessen und der Wille des Volkes mißverstanden wird.

Wir haben gegen LEBRUN gestimmt, weil er das Symbol der nationalen Einigung darstellt, die die Wahl verloren hat. Wir haben niemals eine Zusammenarbeit mit FLANDIN oder LAVAL angenommen und werden sie auch niemals annehmen, ebensowenig wie mit der „treuen Mehrheit“, die soeben erst vom Lande verjagt worden ist. Diese Haltung ist klar, und wenn sie noch irgend welcher Ergänzung aufklärender Art bedarf, so werde ich mich beeilen, sie zu geben.“

Aus diesen temperamentvollen Worten BLUMS geht klar hervor, daß die Sozialisten eine Konzentrationsregierung, in der sich HERRIOT nach rechts anlehnt, bekämpfen werden.

Aber das wußte HERRIOT auch schon vorher. Worauf es ihm jetzt ankommt: Er will wissen, ob er sich bei einem etwaigen Koalitionsangebot an die Sozialisten einen Korb holen wird oder nicht — und darauf hat ihm LEON BLUM nicht geantwortet.

Das Ratespiel wird also weitergehen. Das ganze Verhängnis des demokratischen Systems, das auf Stimmfang ausgeht, tritt hier unverblümt zutage. Das Wahlgeschäft der beiden Linksparteien, der bürgerlichen Linken mit den Sozialisten, konnte nur blühen, wenn jede Partei zunächst möglichst mit ihrem Programm zurückhielt. Unter der Parole: Kampf der Reaktion! empfahl es sich den Führern der beiden Parteien und den Wählern. Aber nun kommt sein Pferdefuß heraus. Will LEON BLUM es denen recht machen, die seine Partei gewählt haben, weil sie ihn für einen Bundesgenossen der Radikalsocialisten hielten, und geht er deswegen in die Regierung — wozu ihm auch bereits der deutsche „Vorwärts“ rät —, so stößt er diejenigen vor den Kopf, die in der sozialistischen Partei Frankreichs die alte Tradition der Koalitionsfeindlichkeit hochhalten. Geht er in die Opposition, um es diesem Teil seiner Wähler recht zu machen, so enttäuscht er die anderen, die auf einen Machtzuwachs an der Seite des Ministerpräsidenten HERRIOT hoffen. Wie er es macht, er muß enttäuschen.

Der Stimmzettelfang ist eben nicht vereinbar mit einer Politik, die ein scharf umrissenes Programm aufstellt und hinter dieses Programm Kämpfer sammelt. An dieser Demokratie geht der Sozialismus zum Teufel.

Was dabei dieses Mal in Frankreich herauskommen wird, ist voraussichtlich das, was der französische Berichterstatte des „Temps“ am Mittwoch abend in Berlin mit einem Zuschuß an Zynismus lächelnd geäußert hat: Die Politik Frankreichs werde unter HERRIOT höchstens etwas „briandistischer“ werden.

Im Munde eines solchen Mannes heißt das, daß die Politik LAVALS und TARDIEUS fortan weitergeführt wird — nur in etwas glatteren Formen. Das ist alles, was nach diesem Wahlsieg zu erwarten ist, wenn sich BLUM nicht im letzten Augenblick auf einen festen Boden stellt, der ihm wenigstens von da an eine geradere Politik ermöglicht.

Das Nachsehen bei diesen ganzen demokratischen Manövern hat das französische Volk, das am 8. Mai der Stimme der Vernunft zu folgen glaubte und nun vielleicht erleben wird, daß es betrogen und dazu ausersehen ist, diese Regierungsperiode abzuwarten und das nächste Mal nur wieder denjenigen zu wählen, der sich bis dahin am wenigsten blamiert hat, oder dessen frühere Blamage in Vergessenheit geraten sein wird.

Prozeß gegen Beckers und Meyer.

„Mildernde Umstände“.

† Kowno, 11. Mai.

Der Vorsitzende des Kriegsgerichts hat angeordnet, daß der Prozeß gegen BECKERS und MEYER infolge des Gesundheitszustandes von BECKERS in Kowno stattfindet, damit er nicht einen Transport zu überstehen hat. Schulrat MEYER wird erst zur Gerichtsverhandlung aus Memel nach Kowno gebracht werden. Der Generalstaatsanwalt des Kriegsgerichts hat die nochmalige Einberufung eines Aerzte-Ausschusses veranlaßt, das BECKERS auf seine Vernehmungsfähigkeit vor Gericht untersuchen soll. Im übrigen ist die Anklage von der Staatsanwaltschaft des Kriegsgerichts im Gegensatz zu den Erhebungen des Untersuchungsrichters bedeutend gemildert worden, und zwar wird die Anklage jetzt gegen beide Angeklagten auf Grund der §§ 111 und 49 geführt.

Der § 111 hat folgenden Wortlaut: „Wer einen Plan, eine Zeichnung, ein Dokument oder deren Kopien, ferner Nachrichten, von denen er weiß, daß ihre Geheimhaltung dem auswärtigen Staat gegenüber im Interesse der äußeren Sicherheit Litauens erforderlich ist, veröffentlicht oder der Regierung oder einem Agenten eines nicht im Kriege mit Litauen befindlichen auswärtigen Staates mitteilt, wird mit Zwangsarbeit nicht über acht Jahre bestraft.“

§ 49 spricht von mildernden Umständen und lautet: „Der Anfang und Ausführung einer von den Schuldigen gewollten strafbaren Handlung, die Dank eines von seinem Willen unabhängigen Umstandes nicht zu Ende geführt worden ist, ist als Versuch zu betrachten.“

Die Konflikte zwischen Litauen und Memel scheinen sich zu entspannen; hoffentlich folgt die Presse vorurteilslos, die das Ihre dazu beigetragen hat, die Gemüter zu erhitzen.

Revolten in Jugoslawien.

sp Serajewo, 11. Mai.

Trotz amtlicher Dementis behaupten sich die Meldungen über weitreichende Offiziersverschwörungen in Jugoslawien, die das Ziel haben, die Republik an die Stelle der Monarchie zu setzen und, was bedeutsamer wäre: eine Föderation der südslawischen Völker herbeizuführen.

Zugleich treffen Nachrichten ein über starke Bauernrevolten unter Führung nicht-bäuerlicher Politiker, deren Programm gleichfalls auf eine Umbildung des Staates abzielt.

Amerikas Staatshaushalt in Gefahr.

f Washington, 12. Mai.

Wie das Schatzamt am Mittwoch bekanntgab, beläuft sich der Fehlbetrag im amerikanischen Haushalt auf rund 2,5 Milliarden Dollar. Der Fehlbetrag des Vorjahrs war 903 Millionen Dollar.

Von der Regierungskrise in Oesterreich.

Seit Dienstag bemüht sich der Christlichsoziale Dr. DOLFFUSS, der bisherige Landwirtschaftsminister, um die Bildung des neuen Kabinetts in Oesterreich. BURESCH hatte, nachdem sich die Heimwehr und die Großdeutschen gegen ein weiter von BURESCH geführtes Kabinett ausgesprochen hatten, dem Bundespräsidenten mitgeteilt, er werde die Kabinettsneubildung nicht übernehmen.

Die von DOLFFUSS eingeleiteten Verhandlungen wurden in den ersten Tagen gelähmt durch die Unsicherheit über das Verbleiben bzw. die Auflösung des Nationalrats. Die Großdeutschen erklärten, über eine Teilnahme an der Regierung erst entscheiden zu wollen, wenn die Frage der Neuwahl geklärt sei. Diese Klärung ist inzwischen eingetreten. Am Mittwoch wurde im Verfassungsausschuß des Nationalrats mit 12 Stimmen der Christlichsoziale, der Großdeutschen und des Landbundes gegen 11 Stimmen beschlossen, daß der Nationalrat den Termin der Neuwahlen erst zu Beginn seiner Herbsttagung, und das heißt erst nach dem 15. Oktober, festsetzen soll.

Charakteristisch für die drohende Haltung, die in Oesterreich von seiten der Reaktion angenommen wird, ist die Meldung, daß die rechtsradikale Zeitung, der „Wiener Mittag“, wegen Aufreizung zur öffentlichen Gewalttätigkeit beschlagnahmt worden ist. Wie es heißt, ist dies das erste Mal in Oesterreich, das mit dieser Begründung ein Strafverfahren gegen eine Zeitung eingeleitet wird.

England zieht Konsequenzen. Irland in Zollfragen nicht Dominion.

Der englische Dominionminister, THOMAS, hat eine amtliche Erklärung abgegeben, in der er Irland für den Fall, daß das Gesetz über die Abschaffung des Treueids in Kraft tritt, androht, England würde ihm die den Dominions gewährten Zollvorzüge entziehen. Diese Vorzüge laufen automatisch am 15. November ab, wenn sie bis dahin nicht auf dem Wege von Verhandlungen neu geregelt worden sind. Englands Drohung bedeutet also, daß auf der Ottawaer Konferenz gegebenenfalls keine Verhandlungen und Abmachungen zwischen England und Irland stattfinden werden. Die Anwesenheit des irischen Vertreters würde dadurch ziemlich illusorisch werden, wenn auch den übrigen Dominions in ihren Beziehungen zu Irland durch die englische Erklärung keine Beschränkungen auferlegt sind. Sie können also in Ottawa mit Irland noch Abmachungen treffen.

Die Imperialisten des Ostens.

Sie ernten den Haß der Welt.

b Schanghai, 12. Mai.

Die Zurückziehung der japanischen Truppen aus Schanghai ist, wie der Vertreter des japanischen Außenministeriums mitteilte, beschlossen worden, um der Welt zu beweisen, daß Japan keine gebietsmäßigen oder anderen Ziele in Schanghai verfolge. Japan sei der Ansicht, daß es in Schanghai nicht nur seine eigenen Schifften, sondern auch die Schifften anderer Nationen habe schlagen müssen, ohne dabei etwas anderes zu ernten, als den Haß der ganzen Welt. Japan rechne bestimmt damit, daß die Chinesen die Waffenstillstandsbedingungen einhalten und ihre Truppen nicht in die 20-km-Zone einrücken lassen. Sollte Schanghai von neuem bedroht werden, so seien die anderen Mächte verantwortlich zu machen. Die japanische Truppenrückziehung bedeute eine Ersparnis von rund 8 Millionen Mark jährlich.

Japans Selbsteinschätzung trifft leider nicht zu — sonst sähe es anders aus in dieser Welt. Es handelt es, wie viele Regierungen handeln oder gern handeln würden. Das weiß es im Grunde auch ganz genau, und wagt es daher den Weg des Verbrechens zu gehen mit der Mione des Märtyrers.

Das Bündnis ist geschlossen.

b Schanghai, 12. Mai.

Das chinesische Außenministerium hat am Mittwoch ein Telegramm der chinesischen Behörden aus Schanghai erhalten, wonach der Vertreter der japanischen Marine persönlich dem Oberkommandierenden der chinesischen Truppen, General Si, erklärt habe, daß die chinesischen Truppen nach Feststellung des japanischen Oberkommandos nicht in der Lage seien, die kommunistischen Aufstände zu unterdrücken. Dadurch sei die Sicherheit der japanischen Staatsbürger gefährdet und die japanischen Truppen hätten deshalb den Befehl erhalten, sich an der Niederwerfung der kommunistischen Aufstände zu beteiligen. Sie würden zu diesem Zweck mehrere Landungen in Schanghai vornehmen. Der Oberkommandierende der chinesischen Armee teilte mit, daß er nicht in der Lage sei, irgendwelche Landungserlaubnis zu geben, da diese Frage nur von der Zentralregierung entschieden werden könne. Trotzdem haben die Japaner mehrere Kriegsschiffe zusammengezogen, und eine Landung von Seesoldaten in Schanghai wird von Stunde zu Stunde erwartet.

Zum Kampf gegen den Mord.

Militanter Pazifismus.

Von Kurt Hiller.

KURT HILLER, der Führer der „Gruppe revolutionärer Pazifisten“, hat vor kurzem ein Buch erscheinen lassen:

„Der Sprung ins Helle. Reden, Offene Briefe, Zwiesgespräche, Essays, Thesen, Pamphlete“.

Verlag Lindner in Leipzig, 336 Seiten.

Wie HILLER selber sagt, ist die Hauptfrage seines Buches: Wie bringen wir die proletarische Befreiungsbewegung vorwärts, um ihrer selbst und um des Völkerfriedens willen; wie den Sozialismus zum Sieg?

Diese Fragestellung ist sicher wichtig genug, uns nach der Antwort greifen zu lassen. Mir erschien als der beste Teil des Buches der im folgenden abgedruckte Aufsatz über militanten Pazifismus. Eine solche, durchdachte, Auffassung ist sicher geeignet, den „Pazifismus“ aus der Reihe weinerlicher und kleinbürgerlicher Ruhe- und Frieden-Ideale weg in die Gesamtheit proletarischen Strebens nach Freiheit und Gerechtigkeit einzuordnen. — Es bleibt hier nur noch die Frage — gerade gegenüber einem denkenden Pazifisten: Warum dehnen Sie die Achtung des Rechts auf Leben nicht auf die Tiere aus?

Der Verfasser nennt sich selber mit Recht einen Außenseiter. Er ist es wohl auch mit seiner Ueberzeugung vom revolutionären Pazifismus. Er ist es auch in anderer Hinsicht: Er ist als linker Schriftsteller nicht Demokrat (gegen den Zahlenwertmesser!), er ist nicht „historischer Materialist“. Mit diesen seinen „Abweichungen“ weiß ich mich einverstanden. Mit anderen weniger; mit manchen gar nicht! Aber hier sollen ja nicht Zensuren ausgestellt werden.

Man soll solche Außenseiter lesen — gerade wenn sie mit der unverkennbaren Absicht schreiben, dem Ganzen zu dienen, und nicht mit der üblichen, ebenso unverkennbaren Absicht: ihre eigenen Leistungen dadurch reizvoller aufzuputzen, daß sie sich an große Leute und Werke „kritisch“ — natürlich nur kritisch — heranmachen. W — er.

Daß Pazifismus und Klassenkampf einander ausschließen, wird nur noch von Voll-Ignoranten behauptet. Denn selbst der geistig Minderbemittelte weiß nachgerade, daß die Offensive des Pazifismus dem Kriege, nicht dem Kampfe gilt. Strittig bleibt daher, ob der Klassenkampf von dem Augenblick an, wo er zu kriegerischen Formen übergeht, mit dem Pazifismus noch vereinbar sei. Die herrschende Meinung, im pazifistischen wie im klassenkämpferischen Lager, sagt Nein. Es scheint mir wichtig, die herrschende Meinung zu zertrümmern.

So paradox es klingt: Pazifismus, exakt durchdacht, richtet sich im Grunde gar nicht gegen den Krieg, sondern richtet sich gegen die Mißachtung des Menschenrechts auf Leben. Keine Antithese sei das? Oh! Ein Recht bin ich in der Lage preiszugeben. Man denke eine Minute lang in Strafrechtskategorien. Wird der Mord bestraft, weil er Vernichtung des Lebens bedeutet? Dann müßte der Selbstmordversuch genau so schwer bestraft werden wie der Mordversuch. Er bleibt aber nach deutschem und den meisten anderen Strafgesetzen mit Recht, straflos. Der Selbstmörder vernichtet eben kein Recht auf Leben, wiewohl er Leben vernichtet. Ähnlicher Fall: die Tötung auf ausdrückliches und ernstliches Verlangen des Getöteten. Leider ist sie nach geltendem Recht noch nicht strafbar; aber daß sie auch heute schon ungleich leichter bestraft wird als Mord und als Totschlag — diese Tatsache beweist wiederum, daß, streng genommen, das in den Bestimmungen gegen Mord und Totschlag geschützte Rechtsgut nicht das Leben, sondern das Interesse am Leben ist: eben jenes Interesse, welches dadurch, daß das Gesetz es durch Strafdrohung gegen den Verletzer schützt, in dem Rang des Rechts erhoben wird. Wo das Interesse von dem Interessenten aufgegeben wird, reagiert das Gesetz ungleich milder oder überhaupt nicht.

Also der Pazifismus richtet sich gegen die Mißachtung des Menschenrechts auf Leben. Die Fälle, wo ein Mensch sein Recht auf Leben preisgibt, wo er sein Leben aus freien Stücken in die Schanze schlägt für irgendeine ihm heilige Idee, für irgendein ihm gewichtiges Interesse — diese Fälle betrifft die pazifistische Propaganda nicht. Zum Beispiel der Zweikampf mag verbotenswert sein — er ist es nicht aus pazifistischen Gründen: solange beide Duellanten in voller Freiwilligkeit, ohne jeden moralischen Druck zum Kampfe schreiten. Der geistige Grund des Pazifismus ist der Protest gegen die Infamie und Barbarei, die darin liegt, daß Menschen, die leben wollen, vom Staate genötigt werden, ihre Gesundheit, ihr Leben hinzugeben für ein Ziel, das sie ablehnen; für eine Idee, die sie minder hoch bewerten als Leben und Gesundheit; für ein Interesse, das nicht das ihre ist. Dies war unser aller grandioses Protesterlebnis während des Krieges; dies und kein anderes. Feige ist es, sein Leben nicht einzusetzen im Kampf um sein Ziel; es zu retten vor der Hinopferung für ein fremdes Ziel, für ein gleichgültiges Ziel, für ein schädliches Ziel, für ein Nichtziel, für einen Dreck — das ist nicht feige. Im Gegenteil: dem Schaf, das sich widerstandslos zur Schlachtbank schleppen läßt, fehlt aller Mut. Da nun „Krieg“ geschichtlich letztlich fast immer zusammenfiel mit „Mißachtung des Menschenrechts auf Leben“, so lag es nahe, den pazifistischen Protest gegen „den Krieg“ zu richten. Und sich besonders radikal vorzukommen, wenn man „den Krieg“ unter allen Umständen, in jeder Form,

klausellos und „unbedingt“ verwarf. So geriet der „absolute“ Pazifismus in den Ruf des konsequentesten und geistig-sittlich höchststehenden Pazifismus.

Aber ein Denken, das sich auf diesem Wege bewegt, ist auf dem Holzwege.

Der konsequenteste und daher höchststehende Pazifismus ist in Wahrheit jener, der sich nicht darauf beschränkt, ein schönes Ziel in seiner runden Absolutheit herzubeten, sondern der, darüber hinaus, die Wege beschreitet, auf denen es erreichbar ist.

Wir wissen heute, jeder Sozialist, mag er stehen, wo er wolle, weiß heute, daß unter der Herrschaft des Kapitalismus die zwangsweise Menschenschlächterei nicht aufhören wird. Schon die dem Kapitalismus innewohnende imperialistische Tendenz, diese Tendenz zur (zumindest ökonomischen) Versklavung fremder Völker, bedarf der Versklavung des eigenen Volks durch seine Herrenklasse: welche ja ohne Sklaven ihre imperialistischen Raubkriege nicht führen kann. So wahr der verwirklichte Weltsozialismus für sich allein den dauernden Völkerfrieden noch nicht garantiert, vielmehr die Aufgabe des organisatorischen Pazifismus gleichsam im Moment der Geburt des Weltsozialismus erst beginnt, in diesem Moment erst in die Aera ihrer Erfüllung eintritt — so wahr ist alle organisatorisch-pazifistische Bemühung, alle Völkerbunds-Konstruktion unter dem Kapitalismus Donquichotterie. Wir müssen, wie es am Schluß des Programms der Gruppe Revolutionärer Pazifisten heißt, „jeden Kampf für den Frieden als illusorisch ansehen, der nicht zugleich Arbeit für die soziale Revolution ist“.

Zum Begriffe nun der sozialen Revolution gehört die blutige Gewalt an und für sich zwar nicht; es läßt sich, wie schon LASSALLE wußte, eine totale Gesellschaftsumwälzung ohne Blutvergießen denken; aber eben doch nur denken; die Erfahrung lehrt und macht zumindest wahrscheinlich, daß die herrschende Klasse sich ihre Diktatur nicht widerstandslos aus den Händen nehmen lassen wird. Der Klassenkampf, durch die Schuld der ausbeutenden Klasse dauernd im Gange, wird nach menschlichem Ermessen kriegerische Formen annehmen: in der Phase seiner Entscheidung; und auch in den Vorstadien nimmt er sie mitunter schon an. Der Krieg, der da geführt wird und dessen Name unter neutralem Gesichtswinkel „Bürgerkrieg“, unter dem der Partei, die das gute Recht auf ihrer Seite hat, „bewaffneter Aufstand der Unterdrückten“ lautet, ist berechtigt nicht nur aus der immanenten Gerechtigkeit des proletarischen Befreiungskampfes heraus, sondern, da er dem pazifistischen Endziel dient (sozialistischer Weltstaat: Vorbedingung des Weltfriedens), auch aus der Ideologie des Pazifismus heraus. Dieser nämlich ist eine Ziellehre, keine Methodenlehre. Verhindert oder verzögert die friedliche Methode die Erreichung des friedlichen Ziels, so erweist sich die friedliche Methode eben als zielwiderig; als antipazifistisch. Ganz davon zu schweigen, daß das Ziel des Pazifismus, exakt gedacht, nicht die Beseitigung der Gewalt, sondern die Beseitigung der Vergewaltigung ist und daß, selbst wenn man die Methoden-Maxime der Ziel-Maxime glaubt angleichen zu sollen, auch die Methode ihrerseits zwar der Vergewaltigung entraten muß, aber nicht der Gewalt. (Freier Zweikampf ist Gewalt, nicht Vergewaltigung.)

Zu verwerfen vom pazifistischen Standpunkt aus bleibt mithin ausschließlich der Kriegsdienstzwang im Bürgerkrieg, auch auf der proletarischen Seite. In wem der heroische Wille nicht lebt, sein Leben einzusetzen für die Befreiung seiner Klasse; wem das nackte Leben wichtiger ist als der lebensgefährliche Versuch, sich und seinesgleichen und seinen Nachkommen und den Nachkommen von seinesgleichen ein menschenwürdiges Leben zu erkämpfen; wer seine künstlerische oder denkerische oder forschende oder religiöse oder technische Aufgabe für wesentlicher hält als seine kämpferische, oder wer durch Kunstschöpfung, Philosophie, Wissenschaft, religiöse Aktivität, technische Erfindungen besser für seine Klasse und die Menschheit glaubt kämpfen zu können als durch die Gewalt des bewaffneten Arms; wem, ohne allen Kampfwillen, die Bindung des Ich an das Weltgeheimnis über die soziale Bindung des Ich geht —: Dem zum Kriegerum zu nötigen, bleibt der unzulässigste aller Uebergriffe. Niemand darf — von wem immer — ins Soldatische gezwun-

gen, in den Tod gezwungen, um die Erfüllung seiner Lebensaufgabe betrogen werden. Man würde aufhören, Pazifist zu sein, lösche man diese Erkenntnis aus seinem Bewußtsein. Aber freiwilliges Kriegerum und Pazifismus widerstreiten einander nicht.

Gilt das für rote Garden zur Eroberung der Macht, so gilt es selbstverständlich auch für rote Heere zur Sicherung der Macht, in proletarischen Staaten. Der siebente November 1917 leuchtet als Feuerturm durch die Geschichte. Rußlands Kapitalismus lag am Boden; mit Hilfe fremder Kapitalisten, mit englischem und französischem Gelde vor allem, versuchte er sich bald darauf wieder zu erheben; die weißen Armeen der DENIKIN, JUDENISCH, KOLTSCHAK, WRANGEL zogen gegen die Sowjets, um ihnen den welthistorischen Sieg zu entreißen. Wäre der Konterrevolution das geglückt: welch ein Rückschlag für die Befreiungsbewegung der Arbeiter! Welch ein Rückschlag auch für die Friedensbewegung — da ja eine sozialistisch organisierte Erde Voraussetzung einer dauernd befriedeten Erde ist!

Die gegenrevolutionäre Erhebung in Rußland brach zusammen. Der Zusammenbruch wäre nie erfolgt allein durch geistige Mittel; so wenig er allein durch Waffen, allein durch eine geistlose, undurchgeistete, vom Geist nicht beseeelte Gewalt bewirkt worden wäre. Der Zusammenbruch der Gegenrevolution wurde erzielt durch Geist in Waffen; das war die Rote Armee. Ihre Führer fühlten, anders als die Vorsteher der bürgerlichen Menschenschlächterzünfte, die Tragik des Tötens und die noch schauerlichere: Klassengenossen, Schicksalsgenossen, Brüder sich opfern lassen zu müssen. Aber gegen die brutale Gewalt hilft nun einmal weder das Gebet, noch die beschwörende Rede, noch die Resolution oder irgendeine andere Form von Literatur — gegen die Gewalt hilft allein die Gewalt. Man muß, um das Ziel zu erreichen: die Gesellschaftsordnung, in der nicht mehr vergewaltigt wird, den Weg der Gewalt beschreiten. Da nützt alles nichts; sonst bleibt die zur Freiheit strebende Menschheit auf ewig der Gewalt ausgesetzt. Verewigung der Herrschaft der Bestie — wer das nicht will, muß sich entschließen, der Bestie mit dem einzigen Abwehrmittel zu begegnen, das ihr gewachsen ist: dem bestialischen.

Ungeheure Gefahr, daß es den Menschen, der es handhabt, bestialisiert; auf diese Gefahr hin muß er's zur Anwendung bringen. Denn sonst kommt die Welt nicht vom Fleck; die Tyrannei der Gewissenlosigkeit, die Niedertracht der Menschausbeutung (welche auch tötet — nur langsam), die Bestialität der Gewalt selbst, die Herrschaft der Minderwertigen setzt sich sonst bis ans Ende der Zeiten fort. Nur der Gewalt weicht die Ungerechtigkeit; also muß die Gerechtigkeit sich bewaffnen. Der Sozialismus ist die Gerechtigkeit, relativ zu dem System, das — außer in Rußland — heute herrscht.

Selbst ein Staatenkrieg, nämlich einer zwischen Arbeiterstaat und Kapitalistenstaat, kann, vom Arbeiterstaat aus gesehen, in der Ordnung sein; die höhere Form menschlicher Gesellung und Gesittung darf sich, nein, muß sich verteidigen gegen den Ansturm der Repräsentanten der niederen Form. Kriege zwischen kapitalistischen Staaten gehen, offen oder heimlich, immer um den Besitz; ein Krieg um den Sozialismus geht zugleich um den Frieden. Besitzkriege sind unter allen Umständen verwerflich; Kulturkriege sind unter Umständen Pflicht. Das Ziel entscheidet, nicht das Mittel. Aber auch Kulturkriege dürfen nur von Freiwilligen geführt werden; es wird einer guten Sache übrigens nie an Freiwilligen fehlen; rote Armeen bedürfen des Wehrzangs nicht.

Die Gerechtigkeit muß sich bewaffnen — diesen Satz stellen in aller Klarheit wir Revolutionäre unter den Kämpfern gegen den Massenmord den Träumereien der unbedingten Gewaltverwerfer entgegen. Wir können nicht einmal anerkennen, daß jene Träumereien „ethisch“ seien. Ethisch sein kann nicht ein Spiel mit edlen Vorstellungen, deren alle Realität einfach spottet. Ethisch ist: die Wege zu weisen, auf denen Ziele von Wert erreichbar sind. Der absolute Verzicht auf Gewalt bedeutet aber alles andre als einen Weg, auf dem das Ziel: Nie mehr Vergewaltigung, erreicht werden könnte. Der absolute Verzicht auf Gewalt ist, seiner Wirkung nach, konterrevolutionär, auch kontrapazifistisch; er fördert und befestigt die herrschende Gewalt des nationalistisch-kapitalistischen Teufels. Vertreibbar ist der Teufel einzig durch Beelzebub.

Schnellverfahren bei schwerem Landfriedensbruch unzulässig.

ek. Nach § 212 der Strafprozeßordnung kann vor dem Amtsrichter oder dem Schöffengericht ohne schriftlich erhobene Anklage und ohne eine Entscheidung über die Eröffnung des Hauptverfahrens zur Hauptverhandlung geschritten werden, wenn der Beschuldigte sich entweder freiwillig stellt oder infolge einer vorläufigen Festnahme dem Gericht vorgeführt wird oder nur wegen Uebertretung verfolgt wird.

Die Dritte Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 6. Oktober 1931 (Reichsgesetzblatt I, Nr. 67) bestimmte in § 4:

„Soweit in dem beschleunigten Verfahren nach § 212 der Strafprozeßordnung eine Ladung zur Hauptverhandlung stattfindet, beträgt die Ladungsfrist drei Tage. Sie kann auf 24 Stunden herabgesetzt werden.“

Zeigt sich in einem beschleunigten Verfahren nach § 212 der Strafprozeßordnung, daß die Sache zur Verhandlung in diesem Verfahren nicht geeignet ist, so kann das Gericht, solange noch kein Urteil erlassen ist, die Sache an die Staatsanwaltschaft zurückverweisen. Geschieht dies, so gilt die öffentliche Klage als nicht erhoben. Der Beschluß ist nicht anfechtbar.“

Es ist bekannt, in welchem ausgedehntem Maße die Gerichte von der Befugnis Gebrauch machen, unter Abkürzung

der Ladungsfrist auf 24 Stunden vor allem auch politische Vergehen und Verbrechen zur Aburteilung zu bringen. Daß die Möglichkeiten der Verteidigung bei diesem Schnellverfahren äußerst eingeschränkt sind, leuchtet ohne weiteres ein. Dennoch gehört es zu den Seltenheiten, daß Gerichte aus diesem Grunde von dem Recht der Zurückverweisung an die Staatsanwaltschaft Gebrauch machen. Um so bemerkenswerter ist ein Beschluß des Gemeins. Schöffengerichts in Chemnitz, vom 5. Dezember 1931, Akt.-Z. 2 GGGv. 108/31, der die Zurückverweisung einer im Schnellverfahren erhobenen Anklage an die Staatsanwaltschaft folgendermaßen begründet:

„Das Gericht hat zunächst grundsätzliche Bedenken, ob ein mit schwerer Zuchthausstrafe bedrohtes Verbrechen (schwerer Landfriedensbruch) für das Schnellverfahren geeignet ist. Im vorliegenden Falle hat der Verteidiger erklärt, daß er nicht in der Lage gewesen ist, sich genügend mit dem Angeklagten zu besprechen, und daß er voraussichtlich genötigt sein werde, noch umfangreichen Entlastungsbeweis zu beantragen. Da infolgedessen das Schnellverfahren mit den berechtigten Interessen der Angeklagten nicht zu vereinbaren ist, und auch aus den gleichen Gründen eine Verfolgung im Schnellverfahren nicht zweckmäßig erscheint, war die Sache als in diesem Verfahren ungeeignet zurückzuverweisen.“

Die Politik des Zentrums.

Kaas gegen Autarkie. Stegerwald für Ausplünderung der Arbeiter.

h Berlin, 10. Mai.

Am Dienstag sprachen KAAS und STEGERWALD in Berlin auf der 7. Generalversammlung der Handels- und Industrie-Beiräte des Zentrums.

KAAS führte aus: Das Geschwätz von der Autarkie führe uns auf einen neuen Weg, zu neuen Leiden, und für eine autarke deutsche Wirtschaft würde das Wort nicht einmal genügen, daß 20 Millionen Deutsche zu viel lebten. Autarkiebestrebungen könnten daher nur als Uebergangs- und Notmaßnahmen anerkannt werden.

Von entscheidender Bedeutung seien die kommenden internationalen Entscheidungen in Lausanne, die eine korporative Lösung der Krise bringen müßten. Wenn heute die Lausanner Konferenz in Kreisen der Opposition als eine Selbstverständlichkeit hingestellt würde, so sei mit allem Nachdruck darauf hinzuweisen, daß wir ohne BRÜNING noch nicht auf dem Wege nach Lausanne wären.

daß wir aber ohne die politischen Störungen, die die Wahlen verursacht hätten, bereits einige Etappen weiter wären.

STEGERWALD wagte, seine Erfurter Ankündigungen vom 29. April unterstreichend, folgendes zu sagen: Eine allgemeine Lohnsenkung sei nicht mehr möglich, aber hier und dort müsse noch etwas geschehen.

Die Einsparungen, die noch zu machen seien, seien nicht mehr wesentlich, nachdem in der Arbeitslosenversicherung 50 Prozent eingespart seien, in der Krankenversicherung über 35 Prozent (gegenüber 1929/30) und ebenso in der Unfall- und Knappschaftsversicherung. Auch die allgemeine Einführung der Bedürftigkeitsprüfung bei der Arbeitslosenversicherung würde nur noch 8 bis 900 000 Menschen betreffen. Von den 44 Millionen Wählern stellten heute 23 Millionen Wähler Forderungen an den Staat, sei es als Beamte, als Sozialrentner, Arbeitslose u. s. w. Dieser Zustand müsse zu einer Radikalisierung des politischen Lebens führen, und es sei daher

erforderlich, daß der Staat die Verantwortung für die Sozialversicherung in der Zukunft nicht selbst trage, sondern den beteiligten Kreisen überlasse.

Man muß den Mut bewundern — oder ist es etwas anderes? — mit dem Herr STEGERWALD Minister bleibt. Nachdem

mit durch seine Schuld, jedenfalls mit seiner Zustimmung, die Arbeitslosigkeit ständig vergrößert und die Sozialversicherung also ruiniert worden ist, will er die Verantwortung für diese Einrichtungen „den beteiligten Kreisen überlassen“. Aber dazu gehört er als Reichsarbeitsminister in erster Linie. Die Reichsverfassung behauptet in einem ihrer großsprecherischen Artikel: „Soweit ihm (jedem Deutschen. Die Red.) angemessene Arbeitsgelegenheit nicht nachgewiesen werden kann, wird für seinen notwendigen Unterhalt gesorgt.“ Statt diesen Teil der RV zu erfüllen, beschimpft STEGERWALD die Arbeitslosen. Statt angesichts eines totalen Unvermögens, die Ursachen der Arbeitslosigkeit auch nur zu begreifen, von bekämpfen ganz zu schweigen, wenigstens bescheiden zu werden, setzt er sich noch aufs hohe Roß.

Es ist nachgerade zu einer dringenden Gewerkschaftsaufgabe geworden, für die Durchsetzung der Forderung:

Fort mit Stegerwald!

den Kampf aufzunehmen. Der Einwand, daß ein solcher Kampf, z. B. im Parlament, einer NS-Regierung den Weg bahne, ist nicht stichhaltig. Was einem NS-Regiment den Weg bahnt, ist mindestens ebenso sehr die von STEGERWALD betriebene, von den Gewerkschaften im allgemeinen kampflos hingenommene Ausplünderung der Arbeiter, die deren Kaufkraft und Kampfkraft lahmlegt und damit

den einzigen wirksamen Schutz gegen ein NS-Regiment.

Noch nicht genug, Herr Stegerwald!

Auf dem Lohngebiet habe die staatliche Schlichtungstätigkeit ihr Unvermögen erwiesen, den Erfordernissen der Wirtschaft gerecht zu werden. „Einer immer geringer werdenden Zahl von Arbeitenden wurden zwar höhere (!) Löhne gewährt, eine immer größere Zahl aber der Arbeitslosigkeit überantwortet.“

Dies sagte am Mittwoch auf einer Berliner Tagung des Industrie- und Handelstages (Spitzenorganisation der Industrie- und Handelskammern) dessen Präsident GRUND.

Präsident der neuen Hamburger Bürgerschaft wurde der Sozialdemokrat RUSCHEWEYH. Er erhielt im dritten Wahlgang 69 Stimmen, der NS RICHTER 65, der Kommunist GUNDELACH 24 Stimmen.

Ueber dieses Ergebnis der Demokratie waren die NS so erobert, daß sie ihre Kandidatur für das Schriftführeramt zurückzogen und wiederholten Appell an die Demagogie ankündigten: sie würden sich aller parlamentarischen Mittel bedienen, um die Bürgerschaft aufzulösen.

Die Konferenz der Kleinen Entente wird am Freitag in Belgrad eröffnet. Auf der Tagesordnung stehen die Fragen der Donauföderation, der Abrüstung und der Reparationen. Die Tagung wird bereits am Sonntag abgeschlossen werden.

Rundfunksendungen, die wir zur Beachtung empfehlen.

Donnerstag, den 12. Mai.

Berlin: 18.30 Dr. W. POHL: Sozialpolitische Umschau.

Breslau: 18.50 Osw. WIERSICH: Das Arbeitsbeschaffungs-Programm der Gewerkschaften (vergl. dazu das Sonderheft des „ISK“: „Kampf der Arbeitslosigkeit“).

Königswusterhausen: 19.35 Reichsminister HAMM: Wirtschaft und Währung.

Leipzig: 14.00 K. RAASCH: Vorschläge zur Milderung der Arbeitslosigkeit.

Moskau (Wellenlänge 1804 und 1481 m): 20.00 Wochenrundschau.

Freitag, den 13. Mai.

Leipzig: 18.00 Sozialversicherungs-Rundfunk.

Moskau (Wellenlänge 1804 und 1481 m): 20.00 Landarbeiter — einst und jetzt.

Sonnabend, den 14. Mai.

Hamburg: 17.30 H. GUERTLER: Sozialpolitische Umschau.

Berlin: 20.00 Spanische Orchester-Musik.

Moskau (Wellenlänge 1804 und 1481 m): 20.00 Arbeiter- und Bauernmiliz in der Sowjet-Union.

Briefkasten-

1. Eine amtliche Bescheinigung darüber, daß man keiner Kirche angehört, wird nicht ausgestellt. Man kann den Nachweis hierfür nur durch die Austrittsbescheinigung führen, die die Behörde auszustellen hat, vor der man den Austritt erklärt hat. Derjenige, der nie in einer Kirche war, weil er nie getauft wurde, kann eine amtliche Bescheinigung über seine Nichtzugehörigkeit zu den Kirchen nicht erhalten. Wer seinen Angaben, er gehöre keiner Kirche an, nicht Glauben schenkt, muß ihm das Gegenteil nachweisen, wenn er aus seiner gegenteiligen Behauptung Rechte herleiten will.

2. Auch zur Nachtzeit dürfen Wohnungen durchsucht werden, jedoch nur, wenn es sich um die Wiederergriffung eines entwichenen Gefangenen handelt, bei Verfolgung auf frischer Tat oder bei Gefahr im Verzug. Ob Gefahr im Verzug ist, entscheidet die Behörde, die die Durchsuchung angeordnet hat. Das können der Richter, der Staatsanwalt oder die als Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft geltenden Polizei- und Sicherheitsbeamten sein (§§ 104, 105 StPO.). E. L.

3. Frage: Kann ein Arbeitgeber wegen vorübergehenden Arbeitsmangels einseitig die Beurlaubung seiner Arbeiter aussprechen?

Antwort: Diese Frage ist in einem Urteil eines Landes-arbeitsgerichts vom 23. Februar 1932 verneint worden. In der Urteilsbegründung hieß es ausdrücklich, daß eine Werksbeurlaubung nicht einseitig vom Arbeitgeber verfügt werden könne. H. Lm.

Bauarbeiterstreik in Glauchau.

a Glauchau, 11. Mai.

Infolge von Tarifstreitigkeiten haben auch die hiesigen Bauarbeiter die Arbeit niedergelegt. Dadurch sind die Bauarbeiten am letzten Bauabschnitt der Muldeflutrinne zum Stillstand gekommen, ebenso der Bau der großen Eisenbahnbrücke im Zuge der Verlegung der Muldetalbahn am Glauchaer Bahnhof.

75 Arbeiter werden entlassen beim Reichsbahnausbesserungswerk Potsdam.

Berliner Postverkehr an den Pfingsttagen: Am ersten Feiertage werden Briefe, Zeitungen, Pakete zugestellt, am zweiten Feiertage ruht die gesamte Zustellung. Schalterdienst an beiden Tagen wie an Sonntagen.

BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom ab zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

Name Ort

Straße und Hausnummer

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: E. Lippmann, Berlin. Verl.: Internation. Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 36, Ellsabethufer 28/29.

ISK

7. JAHRGANG 5. HEFT MAI 1932

INHALT:

FRITZ GROB:

Genossen, besinnt Euch!

Zahlen des Niedergangs:

Im Schatten von Artikel 48.
Klassenjustiz.
Das Elend der Erwerbslosen.
Paragraph 218.
Arbeitsnot und Selbstmorde.
Der kulturelle Abstieg.

HELLMUT RAUSCHENPLATZ:

Der Ausweg aus der Wirtschaftskrise

Zum Nachdenken:

Welche Religionsgesellschaften sind in Preußen Körperschaften öffentlichen Rechts? — Bibel-Umsatz. — Nutznießer der Krise.

Zendritzt des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes Preis monatl. 20 Pf. Probenummern kostenlos. Deutsche Ausgabe Internationale Verlagsanstalt G.m.b.H., Berlin S 14, Inselstr. 8a

MAGDEBURG

Apfelsaft

naturrein und ungegoren, hervorragend zur Frühjahrskur, bestes Tafelgetränk 10 Flaschen RM 5,40 Versand per Bahn

Frischkost-Reformhaus
Magdeburg
O. v. Guerickestraße 104.

Erstklassige Maßarbeit

Anzüge • Mäntel • Herren-Mäntel • Damen-Kostüme
III Tadellosor Sitz III
Schönheit
Magdeburg, Otto v. Guerickestraße 104, H. r. l. Stoffmuster vorrätig.

BUROBEDARFSARTIKEL

Reparaturen und Reinigung von Schreibmaschinen

A. H. TIMMERMANN
Hamburg, Bäckerstraße 8.
Telephon: 25 83 42

Sprechapparate

Koffer Schatullen Schränke

Schallplatten

für Konzert und Unterhaltung in allen Preislagen

Otto Plotenhauer

Weimar, Röhrstraße 40
Verlangen Sie Angebote!

Freunde und Leser des „Funken“!

Unterstützt Eure Zeitung!

Wird Abonnenten! Sammelt Anzeigen! Bevorzugt bei Einzelbestellungen unsere Inserenten!

Werbeprospekte Zeitungen Zeitschriften

bei billigster Preisberechnung druckt A. Janiszewski Buchdruckerei und Verlag, GmbH

Berlin SO 36, Ellsabethufer 29, Fernruf Sommernummer F1 Moritzplatz 5471

Soeben erschien in neuer Ausstattung:

Philosophen für und wider die Revolution.

Von HELLMUTH FALKENFELD.
72 Seiten. Kartonierte 0,60 M.

Inhalt:

- I. Die Philosophen der französischen Revolution.
- II. Immanuel Kant.
- III. Johann Gottlieb Fichte.
- IV. Jakob Friedrich Fries.
- V. Hegel.
- VI. Marx.
- VII. Stirner.
- VIII. Tolstol.
- IX. Nietzsche.
- X. Popper-Lynkeus.
- XI. Leonard Nelson.

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstr. 8a

Aus den Reichstagsreden.

Die Rede Brüning's.

Das alte Lied.

Es wird stark Kritik geübt an dem Tempo der Genfer Abrüstungsverhandlungen. Ich habe schon betont, daß es durchaus verständlich ist, daß die Nerven der Völker dieses Tempo der Konferenzen auf die Dauer nicht ertragen können. Ich muß aber feststellen, daß zwischen dem Monat Februar und den Verhandlungen vor 14 Tagen doch gewisse Fortschritte gemacht worden sind. Der Wille zur wirklichen Abrüstung tritt jetzt im Vergleich zu früheren Jahren vielfach stärker in die Erscheinung. (Zuruf von den Kommunisten: Das merkt man in der Mandschurei!) Der Gedankenaustausch, der vor 14 Tagen in Genf stattfand, hat gezeigt, daß unsere Auffassung in der Abrüstungsfrage immer mehr Verständnis findet. Freilich steht dem gegenüber, daß es bei anderen Abordnungen Auffassungen gibt, die noch zu ernst und sehr schweren Auseinandersetzungen führen werden. Wir können dem mit Ruhe entgegensehen. Wir brauchen die Verantwortung für unsere Haltung vor der Welt nicht zu scheuen. Es ist falsch, wenn man die Dinge so darstellt, als ob in Europa erst jetzt mit der Durchführung der Abrüstung begonnen werde. Begonnen hat man schon vor zwölf Jahren, als man Deutschland und seine ehemaligen Verbündeten zwecks Einleitung der allgemeinen Abrüstung zur Entwaffnung zwang. Nur ist man bei diesem Anfang stehen geblieben, ohne aus ihm die unbedingt notwendigen selbstverständlichen Folgerungen zu ziehen. Was wir wollen, ist die allgemeine Abrüstung und Wiederherstellung der deutschen Gleichberechtigung. Beide Ziele sind so eng verbunden, daß sie ein einziges Ziel darstellen: Deutsche Gleichberechtigung durch allgemeine Abrüstung.

Zur Reparationsfrage.

Die Auffassung der Reichsregierung ist in der Welt bekannt; seit Februar hat sich an ihr nichts geändert. Diese Auffassung hat auch in breitem Maße an Boden gewonnen, auch in den Gläubigerländern. Eine völlige Streichung der politischen Schulden ist die wichtigste Voraussetzung für die Rettung aus der jetzigen Not und für einen neuen Aufstieg. Die Trennung zwischen Schuldner- und Gläubigerländern muß aus der internationalen Politik verschwinden; erst dann ist der Weg für Zusammenarbeit zwischen den Völkern frei und wenn alle politischen Schulden gestrichen sind, wird jedes (?) Land reicher sein als vorher. Freilich ist das noch nicht der Standpunkt aller beteiligten Regierungen. Sie geben zum Teil zwar zu, daß Reparationen nicht gezahlt werden können, hoffen aber doch, daß Deutschland nach einigen Jahren die Zahlung wieder aufnimmt, oder mindestens noch eine Restzahlung, eine Abschlagszahlung, leistet. Wer das erwartet, bedenkt nicht, daß Voraussetzungen, von denen künftige Zahlungen abhängig würden, in Wahrheit gar nicht vorstellbar sind. Noch vor wenigen Tagen hat ein amerikanischer Politiker es klar ausgesprochen: Es ist unmöglich, die Schuld in Gold zu bezahlen, solange 70 Prozent des Weltgoldvorrats im Besitz Frankreichs und der Vereinigten Staaten sind.

Es gibt eine Hoffnung für alle Länder: daß die Krise in den nächsten Wochen und Monaten auf der ganzen Welt so ungeheuer rasche Fortschritte machen wird, daß ein Warten auch nur um Wochen und Monate die Welt in eine Lage bringt, aus der dann vielleicht kein Ausweg mehr zu finden ist.

Rädel (KPD) über Arbeitsbeschaffung.

Der Clou der diesmaligen Reichstagsberatungen ist die Arbeitsbeschaffung. Nicht erst seit diesen Tagen, sondern seit Monaten wird die deutsche Arbeiterklasse mit den Projekten auf Arbeitsbeschaffung genarrt und betrogen. Immer wieder rollen neue Pläne an. Untersucht man diese Pläne, so zeigt sich eine Einheitlichkeit, und das ist die faschistische Linie.

Wenn wir uns alle Arbeitsbeschaffungsprogramme, die hier vorgetragen wurden, näher ansehen, so laufen sie im Grunde auf das gleiche Prinzip hinaus:

1. Anleihepolitik, die die Gefahr der Inflation in sich birgt;
2. Arbeitsverkürzung ohne Lohnausgleich, die den Massen hunger in Deutschland weiter anwachsen läßt, und
3. Einführung der Arbeitsdienstpflicht.

Der Nationalsozialist STRASSER hat gestern den Gewerkschaftsführern ein Kompliment gemacht. STRASSER brauchte wahrhaftig nicht den faschistischen Charakter der Arbeitsbeschaffungspläne des ADGB zu bestätigen. Das tat schon am besten die schwerindustrielle „Bergwerks-Zeitung“, die zum Bundesauschuß des ADGB wörtlich schrieb:

„So merkwürdig es klingt, führende Männer der freien Gewerkschaften sind im Begriff, sich wesentliche Teile des nationalsozialistischen Wirtschaftsprogramms zu eigen zu machen. TARNOW hat ein neues Rezept zum besten gegeben. Bezogen hat er es unmittelbar von GOTTFRIED FEDER, dem bekannten nationalsozialistischen Wirtschaftspolitiker.“

Beschäftigen wir uns einmal mit den Vorschlägen der ADGB-Führung. Zuerst verlangen sie die Herabsetzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden ohne Lohnausgleich. Des weiteren fordern sie in einer Entschließung eine Anleihe zur Arbeitsbeschaffung. Die ADGB-Führer sind sich sehr wohl darüber klar, daß die Einführung der 40-Stunden-Woche kein Mittel zur Arbeitsbeschaffung ist, wenn man gleichzeitig die Löhne abbaut und die Kaufkraft der werktätigen Massen einengt. Diese Forderung ist nur ein demagogischer Kniff, um ein Ventil zu haben zur Ablenkung der empörten Massen. Eine Arbeitszeitherabsetzung hätte nur dann einen Sinn, wenn gleichzeitig ein Lohnausgleich stattfinden würde. Aber selbst dadurch könnten im Höchstfalle nur 500 000 Arbeiter, selbst nach den Berechnungen der Regierung, Arbeit bekommen.

Arbeitsdienst und Militarismus.

Ich habe hier einen Auszug aus einem Rundschreiben der den Hakenkreuzlern nahestehenden Reichsarbeitsgemeinschaft für deutsche Arbeitsdienstpflicht. Darin heißt es:

„Für die allgemeine Arbeitsdienstpflicht werden Führer in großer Zahl erforderlich. Wer kommt für solche Verwendung in Frage? 1. Ehemalige Offiziere der alten Armee, Reichswehr und Polizei, die völlig rüstig sind. 2. Ehemalige Militärbeamte, insbesondere auch für die Kasernengeschäfte. Ebenso werden nach dem gleichen Schema einige Tausend Persönlichkeiten aus dem alten aktiven Unteroffizierskorps erbeten, die für die überaus wichtige Funktion des geschäftsführenden Wachtmeisters bei den Einheiten in Frage kommen.“

Unterweisung der Regierungsanwälter.

Ich bin mit meinen Mitarbeitern gänzlich zugänglich gegenüber jeder Art von Kritik, auch wenn sie noch so scharf ist. Nur eins kann ich nicht zulassen, eine Kritik, die keine Rücksicht nimmt auf die Erhaltung der Widerstandskraft des deutschen Volkes und auf die außenpolitische Situation. Als Außenminister bin ich verpflichtet, Ihnen (zu den NS) eine Warnung und eine Bitte auszusprechen: Seien Sie in Ihren Unterhaltungen mit ausländischen Politikern etwas vorsichtiger!

Wenn Sie (zu den NS) daran denken, in so kritischer Zeit die Macht zu erobern, so rate ich Ihnen dringend, in Aus-

Arbeitsbeschaffung, Arbeitsdienst.

Wir müssen alles tun, um zu verhindern, oder auch nur den Glauben wachzurufen, daß wir gewissermaßen durch ein Hintertürchen doch eine Inflation herbeiführen wollen. Wir haben Vorschläge zur Arbeitsbeschaffung, die jederzeit in Angriff genommen werden können. Wir sind an den Vorarbeiten für einen freiwilligen Arbeitsdienst.

Das SA-Verbot

war gerechtfertigt. Ich habe lange Zeit mit mir darüber gerungen.

Hilferding über Marxismus und Nationalsoz.

Die deutsche Krise kostet

uns in jedem Jahr 20 bis 25 Milliarden Mark an Verminderung des Arbeitseinkommens. Die deutsche Arbeitslosigkeit ist etwa ein Viertel bis ein Fünftel der Arbeitslosigkeit der Welt, d. h. da wir in einem fortgeschrittenen Industriestaat leben, hat die Welt infolge der Krise des Kapitalismus 110 bis 130 Milliarden jährlich Mindereinnahmen.

Marxismus.

Es gehört zu MARX' großen Verdiensten, nachgewiesen zu haben, daß die kapitalistische Gesellschaft nicht der Bedarfsdeckung, sondern der Profiterzeugung dient, und daß in diesem Gesellschaftssystem die freie Konkurrenz notwendigerweise eine Umwälzung der Verhältnisse schaffen und die Gesellschaft geändert werden muß, damit an die Stelle der Anarchie die Planmäßigkeit tritt, eine Gesellschaft, deren Ziel die Bedarfsdeckung ist und nicht der Profit. Nicht Arbeit schafft Kapital, aber Ausbeutung der Arbeit tut es. Kapital sind nicht die Maschinen selbst, aber das gesellschaftliche Verhältnis zu ihnen, das private Monopol an den Produktionsmitteln. Und sozialistisch ist die Gesellschaft, die die Produktionsmittel besitzt und zum Wohle der Gesamtheit verwendet.

„Unser Schuldbuch sei vernichtet!“

Um den Sozialismus der Nationalsozialisten zu beurteilen, muß man ihr Verhältnis zu diesem Monopolbesitz kennen. Sie reden von der „Brechung der Zinsknechtschaft“, aber Zins ist nur möglich, solange Ausbeutung möglich ist. Die Forderung nach Brechung der Zinsknechtschaft ist schon in der Frühzeit des Sozialismus erhoben worden, und zwar von PROUDHON. Der ist vielleicht auch Ihnen bekannt als der Urheber der Definition „Eigentum ist Diebstahl“. Aber wenn Sie das zitieren, seien Sie vorsichtig, damit nicht gesagt werden kann, Ihr geistiges Eigentum sei Diebstahl. Herr STRASSER sprach ja nur von übermäßig hohen Zinsen, aber der Zins ist jetzt in der ganzen Welt ermäßigt, in den USA beträgt der Bankdiskont 1½ Prozent, in Frankreich ist Leihgeld beinahe unanbringlich. Auch in England ist der Zins halb so hoch wie in Deutschland. Glauben Sie aber, daß damit Ihr Nationalsozialismus in Amerika, England und Frankreich schon wirklich ist, oder glauben Sie, daß vielleicht noch etwas mehr zur Verwirklichung des Sozialismus gehört als die Ermäßigung der Zinsen? Wenn Sie das glauben, dann müssen

Wir fordern

die Herabsetzung der Arbeitszeit auf 7 Stunden täglich, bei voller Zahlung des Lohnausgleichs, das Verbot der Ueberstunden, die Meldepflicht für alle Arbeitskräfte bei den zuständigen Arbeitsämtern, die Arbeitsvermittlung unter Mitwirkung der Betriebsräte und der Erwerbslosenausschüsse. Wir fordern die sofortige Durchführung eines Wohnungsbauprogramms von 400 000 Arbeiterwohnungen, sofortige Inangriffnahme aller notwendigen Erneuerungen bei den öffentlichen Verkehrseinrichtungen. Endlich verlangen wir, daß die Wohlfahrtsarbeitslosen ausschließlich zu tariflichen Löhnen im versicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis beschäftigt werden.

Das Elend der Reservearmee.

Seit Jahren hat sich die Arbeitslosenversorgung geradezu katastrophal entwickelt. Während noch im Jahre 1928 66 Prozent der Arbeitslosen ihre versicherungsmäßige Unterstützung erhalten haben, bekamen im Dezember 1931 bei sechs Millionen Erwerbslosen nur noch 29 Prozent ihre Unterstützung aus der Arbeitslosenversicherung. Inzwischen ist der Prozentsatz noch tiefer gesunken. Zwei Millionen Arbeitslose bekommen in Deutschland überhaupt keine Unterstützung mehr.

Die Nationalsozialisten sagen: Gebt uns die Macht. Wir aber sagen den Arbeitern und allen Ausgebeuteten: „Nehmt euch die Macht, dann ändert ihr das System!“

Französische Anleihe für Japan.

b Tokio, 12. Mai.

Die Telegraphen-Agentur Schimbun-Rengo meldet, daß am heutigen Donnerstag der Direktor der französisch-japanischen Bank, Martini, über Rußland nach Paris abgereist sei. Wie die Agentur weiter meldet, sollen seine Verhandlungen mit der japanischen Regierung über die Finanzierung des Ausbaus der japanischen Industrie abgeschlossen worden sein. Französische Banken würden Japan eine neue Anleihe gewähren, deren Höhe noch festgesetzt werden solle.

Verhaftungen von Devisenschleibern.

Die Zollfahndungsstelle hat vier Bank- und Börsenleute wegen Devisenverkehrs mit dem Ausland verhaftet und ins Untersuchungsgefängnis eingeliefert. Es handelt sich um LEONHARD JENSCO, ALEXANDER KANSI, JULY FRIEDLAND und LEO NIDMARSCHAR.

Die Zollfahndungsstelle verhaftete den Mitinhaber des Berliner Bankhauses SACHS, BENTHEIM & Co., den Bankier WILHELM BENTHEIM. Gegen das Bankhaus SACHS, BENTHEIM & Co. schwebt bereits seit kurzer Zeit ein Verfahren wegen Devisenschleibungen. BENTHEIM wird heute dem Untersuchungsrichter zur Vernehmung vorgeführt.

drücken, in Formeln und im Inhalt der Agitation sich rechtzeitig Beschränkungen aufzuerlegen, denn die Hoffnungen, die Sie geweckt haben, können Sie nie erfüllen.

Sie ebenfalls zu der Einsicht kommen, daß man nicht bei dem „raffenden“ Kapital stehen bleiben kann, sondern da zupacken muß, wo wirklich der Mehrwert, das Kapital entsteht — in der Ausbeutung der Arbeit, im Produktionsprozeß der großen Betriebe.

Ueber die Zinsknechtschaft hat schon einmal ein Redner gesprochen. Er hat gesagt:

„Der letzte Akt dieser sozialistischen Staatsorganisation ist allerdings darauf berechnet, daß die große Maßregel der Expropriation des Privateigentums, die Aufhebung oder Liquidation der öffentlichen Schulden, der Hypotheken usw. erfolgt. Es wird also das Wort SCHILLERS zur Wahrheit werden: Unser Schuldbuch sei vernichtet, diesen Gruß der ganzen Welt!“

Das hat in der Reichstagsdebatte über Arbeitslosigkeit am 9. Februar 1893 AUGUST BEBEL gesagt. Nur daß AUGUST BEBEL verstand, daß das Verschwinden des Zinses nur ein Schlußakt einer Neuorganisation der Gesellschaft sein und sie nicht vorwegnehmen oder gar ersetzen kann!

40-Stunden-Woche, Arbeitsbeschaffung.

Es ist gar kein Zweifel, daß die Arbeitszeitverkürzung, die Arbeitsstreckung, wie wir sie jetzt fordern, nur ein Mittel zur Milderung, aber nicht zur Überwindung der Krise ist. Wir fordern die 40-Stunden-Woche in dem vollen Bewußtsein, daß wir damit den Arbeitenden ein Opfer auferlegen.

Wir appellieren an ihre Solidarität und sagen: Helft euren Kollegen in der Weise, in der jetzt am raschesten geholfen werden kann.

Herr STRASSER fordert Siedlung und Meliorationen. Hierzu ein Zitat:

„Wir verlangen Straßen- und Kanalbauten und Meliorationen aller Art; wir haben heute noch in unseren Provinzen weite Strecken, die vollständig unfruchtbar sind und die ohne große Arbeit bei dem heutigen Stande der Agronomie und Agrarkulturchemie in schönsten fruchtbares Gartenland verwandelt werden könnten. Für alle diese Dinge hat die Staatsverwaltung (und das war damals ein anderes Regime) gar kein Interesse, weil in vielen Fällen das Interesse der Großgrundbesitzer in Frage gezogen wird.“

Auch das hat BEBEL in jener Debatte 1893 gesagt.

Das „verruhtete System“ in Preußen hat 1919 bis 1931 42 600 Siedlerstellen mit 480 561 Hektar errichtet — genau das Doppelte von dem, was in den 30 Jahren vor dem Krieg, also in der doppelten Zeit, die damalige Preussische Staatsregierung gemacht hat.

Alles, was hier über Arbeitsbeschaffung gesagt wurde, ist ein Katalog unserer und gewerkschaftlicher Forderungen. Aber wie wollen Sie (zu den NS) die Finanzfrage lösen? Der Reichskanzler war heute so höflich, zu meinen, Inflation wollten Sie nicht. Aber das, was Sie wollten, sei so gefährlich, daß es in die Inflation führen würde. Ich aber habe von Ihnen noch nie etwas gehört, was nicht reinste Inflation bedeuten würde. Sie wollen eine Bank gründen, die Scheine ausgeben soll. Sollen die Scheine genommen werden, so müssen sie Zwangskurs haben. Der Notenumlauf würde sich vermehren, kein Mensch würde zweifeln, daß das Inflation ist. Wir bekämen wieder die Flucht in die Sachwerte, die Preissteigerung, kurz alle Erscheinungen der Inflation mit dem Ausgang in eine noch fürchterlichere Krise, als es die jetzige ist. Das ist Ihr Finanzprogramm!

Hitler und Thyssen.

Ich habe diese Polemik geführt unter der Fiktion des Als-ob. Aber ich frage: Stimmt die Rede des Herrn STRASSER hier vor dem deutschen Volke im Wortlaut oder im Sinn mit der überein, die Herr HITLER im Industriellenklub in Düsseldorf gehalten hat? Ich weiß nicht, was Herr HITLER dort gesagt hat. Aber als er geschlossen hatte, erhob sich Herr FRITZ THYSSEN, der Mann, der sich nach den Zuständen vor dem Kriege zurücksehnt, wo die Gewerkschaften nicht verhandlungsfähig waren, wo jeder Großindustrielle Herr im eigenen Hause war, Herr THYSSEN, der in Amerika Reden hält, daß das ganze deutsche Unglück von der Sozialpolitik komme — der hat nach dieser Rede „Heil HITLER!“ gerufen. Deswegen glaube ich, zwischen dem, was Herr STRASSER öffentlich sagt, und dem, was Herr HITLER im Geheimen den Industriellen sagt, wird der Unterschied ebenso groß sein wie zwischen einem Arbeiter und Herrn THYSSEN.

Geschäftstüchtige Priester.

1500 Mark für Fahsels Faselien.

Nach einer Mitteilung der „Christlichen Welt“ vom 1. Mai 1932 klagt die Buchhandlung PAUL NEFF in Stuttgart gegen Kaplan FAHSEL — dessen Vorträge in Stuttgart sie veranstaltet hat — weil er statt des bisher beanspruchten und gezahlten Honorars von 500 Mark ein solches von 1500 Mark für einen Vortrag verlangt hat.

Die Höhe dieses Honorars wirft ein Licht auf den Bildungsstand der heutigen Zeitgenossen, die einen Mann von der haarsträubenden Seichtigkeit dieses FAHSELS nicht nur anhören, sondern auch bezahlen. (Wer sich einen Begriff von der Kitschigkeit dieses Wanderredners der katholischen Kirche machen will, der lese seine Betrachtungen, die er über die Konnersreuther Therese in der „Berliner Illustrierten“ vor längerer Zeit angestellt hat.)

„Ich schwöre Treue der Reichsverfassung. Ich schwöre, daß ich auch die preußische Verfassung gewissenhaft beobachten und das mir übertragene Amt unparteiisch nach bestem Wissen und Können verwalten will.“ So lautet die neue, vom preussischen Staatsministerium beschlossene Vereidigungsformel für die öffentlichen Beamten.

Siedlung ein erstrebenswertes Ziel?

Die Siedlungspläne der Reichsregierung erfordern aufmerksame Beobachtung und scharfe Kritik. Denn es besteht — wie wir im „Funken“ vom 8. Mai gezeigt haben — die Gefahr, daß die Siedlung lediglich als Mittel benutzt wird, um überschuldeten Großgrundbesitz durch teilweise Besiedlung gesund zu machen.

Der „Freie Angestellte“ antwortet: Nein.

Wie wenig Klarheit über ihre Beantwortung innerhalb der Gewerkschaften besteht, zeigt ein Aufsatz in der ZdA-Zeitschrift, dem „Freien Angestellten“ (Nr. 9, vom 1. Mai 1932). Hier wird die Frage „unter den gegenwärtigen Verhältnissen“ geradezu verneint:

„Kein Zweifel, daß hinter der Forderung ‚Zurück aufs Land‘ sich Pläne verbergen, die innerpolitisch durchaus nicht harmlos sind.“

Zugegeben. Gegenüber diesen Plänen ist höchste Wachsamkeit erforderlich.

„Nun erweckt . . . die Regierungserklärung den Anschein, als ob bereits durch das Siedlungsprogramm auch die Arbeitsbeschaffungsfrage in großem Umfange gelöst werden könnte. Vor dieser Illusion muß aufs entschiedenste gewarnt werden.“

Tatsächlich würde bei der heutigen Arbeitslosigkeit von 6 Millionen Berufstätigen auch ein großzügigeres Siedlungsprogramm als das der Reichsregierung nicht genügen, um die Wirtschaft merkbar neu anzukurbeln. Aber deshalb darf doch die entscheidende Bedeutung einer großen Siedlungsaktion für die Gesamtwirtschaft nicht übersehen werden.

„Wenn auch die Siedlung neue Arbeitsstätten schaffen kann, so ist das zum Teil nicht mehr als ein Ausgleich für die verlorengegangenen Arbeitsstätten der Landarbeiter auf den zusammengelegten Großgütern.“

Zum Teil — natürlich! Aber:

Wenn bei erfolgreicher Siedlung aus den unterbezahlten Landarbeitern allmählich gesunde Kleinbauern werden, mit wachsenden Lebensansprüchen und gesteigerter Kaufkraft, dann ergibt sich hieraus eine weiterreichende Wirkung für die Gesamtwirtschaft.

Diese Wirkung wird klar erkannt in der „Gewerkschafts-Zeitung“, dem Organ des ADGB, Nr. 19, vom 7. Mai. Dort schreibt OTTO ALBRECHT, die landwirtschaftliche Siedlung habe bevölkerungs- und sozialpolitisch

„die Bedeutung, daß an die Stelle des bisherigen Feudalherren mit seinem Haus-, Hof- und Wirtschaftsgesinde sowie den Wirtschaftsuntertänigen Deputat- oder Instenfamilien eine etwa doppelt so große Anzahl von Familien treten, die klein-, mittel- und großbäuerliche Eigentümer werden, zu welchen sich außerdem selbständige Handwerker und eine kleinere Anzahl von landwirtschaftlichen Freiarbeitern auf eigener Scholle gesellen.“

Diese Wirkung will der Verfasser jenes Artikels im „Freien Angestellten“ nicht sehen:

„Bei der Beschränktheit der zur Verfügung stehenden Mittel wird das Siedlungsprogramm nur sehr allmählich durchgeführt werden können; das bedeutet aber auch, daß die Entlastung des Arbeitsmarktes nur in langsamem Tempo erfolgen kann.“

Das ist allerdings zu befürchten bei dem Unverständnis, das gegenüber der volkswirtschaftlichen Bedeutung einer radikalen Siedlungsaktion überall vorherrscht. Wer eine entscheidende Wirkung der Siedlungsaktion auf dem Arbeitsmarkt erstrebt, muß sich für energische Durchführung und für Erweiterung jenes Regierungsprogramms einsetzen, das die Schaffung von 40 000 Siedlungsstellen vorsieht. Der ZdA-Artikel wünscht aber eine solche Erweiterung des Siedlungsprogramms gar nicht. Er warnt im Gegenteil vor den „Schwierigkeiten, die mit einem so umfangreichen Umsiedlungsprogramm verbunden sind“. Das eine Mal also hat man Bedenken wegen der Beschränktheit der Mittel und des langsamen Tempos, das andere Mal wegen des Umfangs des Siedlungsprogramms.

Diese Bedenken treffen tatsächlich nicht den Kern der Sache. Der ZdA lehnt die Siedlungsaktion ab. Warum?

Einwände gegen das Siedlungsprogramm.

Erstens: Die Durchschnittsgröße der einzelnen Siedlungen, die mit 50 Morgen, gleich 12,5 Hektar, vorgesehen ist, sei zu gering. Eine landwirtschaftliche Stelle in Ostpreußen unter 15 Hektar stehe von vornherein unter schwierigen Arbeitsbedingungen.

Auch dieser Einwand ist nicht entscheidend. Der Artikelschreiber rechnet selber mit der Möglichkeit, „daß die Durchschnittsfläche bei der tatsächlichen Durchführung vergrößert wird“. Bisher lag bei den Siedlungsversuchen die Gefahr gerade darin, daß die Siedlerstellen zu groß angelegt wurden (zum Teil über 20 Hektar), wodurch der Siedler mit zu hohen Kosten für Verzinsung und Tilgung belastet wurde.

Zweitens: Man muß sich darüber klar sein, „daß eine Besiedlung des Ostens mit Kleinwirtschaften eine Aenderung der Produktionseinrichtung erforderlich machen wird“.

Allerdings! Aber inwiefern ist dies ein Einwand gegen das Siedlungsprogramm?

„Bis jetzt nimmt auf den Großflächen Ostpreußens der Getreidebau die erste Stelle ein. Wenn nun an Stelle der Güter mit großem Flächenareal kleine Landwirtschaften treten, so bleibt . . . ihre Rentabilität . . . noch mehr in Frage gestellt, als das jetzt schon der Fall ist. . . Nun hängt aber die Anwendungsmöglichkeit landwirtschaftlicher Maschinen . . . vor allem von der Größe des bebauenden Areals ab . . .“

Aber von diesem Mißbrauch des Siedlungsgedankens abgesehen, abgesehen von falscher, ungenügender und ungeschickter Durchführung der Siedlungsaktion: ist die geplante Umsiedlung ein erstrebenswertes Ziel oder nicht? Ist sie erstrebenswert im Interesse der Arbeiterschaft? Diese Frage ist von großer Bedeutung.

Daraus ergibt sich also, daß kleine Getreidelandwirtschaften ohne Maschinen auskommen müssen und daher auch nicht so rentabel sein können.“

Natürlich ist der Getreidebau im Kleinbetrieb heute weitgehend unrentabel. Ja, der Getreidebau ist sogar im deutschen Großbetrieb unrentabel. In dieser Beweisführung liegt aber kein Einwand gegen die Siedlungspläne. Denn es gibt kein vernünftiges Siedlungsprogramm, das den unwirtschaftlichen Getreidegroßbetrieb des deutschen Ostens durch einen Getreidekleinbetrieb ersetzen will. Was erstrebt wird, ist vielmehr eine mittelbäuerliche Gemischtwirtschaft mit besonderer Betonung der Veredelungswirtschaft.

Das weiß übrigens der Verfasser unseres ZdA-Artikels ebenfalls:

„Daher ist zu erwarten, daß an die Stelle der großen Getreidelandwirtschaften eine Reihe von kleineren Veredelungswirtschaften treten werden.“

Gegen diese notwendig mit der Siedlung verbundenen Folge läßt sich nun vom Standpunkt der technischen Rentabilität wenig einwenden . . .“

Das wird also zugegeben. Und damit schwinden die vorher genannten Einwände gegen die Siedlung dahin. Doch jetzt kommt

das entscheidende Argument.

Drittens:

„Das Hauptproblem ist . . . hier weniger die Erzeugung als die Frago des Absatzes.“

Natürlich haben wir alle einen großen Bedarf an Butter, Eiern, Geflügel, Milch, Käse u. s. w. und könnten viel mehr davon verzehren, als wir heute kaufen können. Solange aber die kapitalistische Profitwirtschaft besteht, die durch den Regierungsplan nur gestärkt und nicht abgebaut werden soll, kann der natürliche Bedarf nur in den Grenzen der vorhandenen Kaufkraft befriedigt werden.“

Hier wird also die Kaufkrafttheorie der Gewerkschaften, die auch wir im „Funken“ wiederholt als richtig anerkannt haben, gegen das Siedlungsproblem angewandt.

„Was nützt es da, wenn . . . Millionen zur Hebung der landwirtschaftlichen Produktion ausgesetzt werden, wenn nicht gleichzeitig dafür gesorgt wird, daß Abnehmer für diese Produktion da sind?“

Bei dieser Beweisführung wird fünferlei übersehen: **Einmal**, daß in den ersten Jahren aus den Siedlungswirtschaften nur geringe Ueberschüsse auf den Markt kommen; **zweitens**, daß eine mittel- und kleinbäuerliche Wirtschaft, die eine Reihe verschiedener Erzeugnisse herstellt und den eigenen Nahrungsmittelbedarf nahezu vollständig selber deckt, viel weniger abhängig ist vom Markt als ein landwirtschaftlicher Großbetrieb; **drittens**, daß auch heute noch in Deutschland ein starker Einfuhrbedarf nach bäuerlichen Veredelungsprodukten besteht; **viertens**, daß die deutsche Bauernwirtschaft nicht nur unter der mangelnden Kaufkraft der Arbeitermassen leidet, sondern unter der gleichzeitigen Hochhaltung der Preise für Getreide, Düngemittel, Kohlen, Baustoffe u. s. w.; der Artikel also, die als Roh- und Hilfsstoffe der bäuerlichen Wirtschaft dienen, und **fünftens**, daß gerade hohe

Getreidepreise, die Folge der einseitig großagrarisches Landwirtschaftspolitik, die Massenkaukraft beschneiden.

„Nun ist es nicht etwa so, daß wir gegen die Schaffung von kleinen Veredelungswirtschaften sind . . . Wogegen wir uns aber mit aller Energie sträuben müssen, das sind die . . . Versuche, die landwirtschaftliche Produktion zu heben, ohne gleichzeitig auch die Massenkaukraft zu verbessern.“

Das ist eine löbliche Absicht. Aber sieht man denn nicht, daß

eine energisch durchgeführte großzügige Bauern- und Landarbeitersiedlung tatsächlich eine entscheidende Maßnahme ist, um die Massenkaukraft zu stärken?

Hier können — bei richtiger Durchführung! — aus halbverhungerten Ackersklaven kaufkräftige Bauernwirtschaften geschaffen werden, die, wie in Dänemark und Holland, die Grundlage bieten für eine verhältnismäßig krisenfesten Wirtschaft. Man soll als Sozialist bei jeder Maßnahme zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise darauf achten, daß gleichzeitig ein schrittweiser Umbau der kapitalistischen Monopolwirtschaft in Richtung auf eine sozialistische monopolfreie Wirtschaft erfolgt; gerade eine energische Siedlungspolitik führt in diese Richtung, sie führt in Richtung der Brechung des Bodenmonopols, das von den Großgrundeigentümern in Deutschland und fast allen Ländern der Erde ausgeübt wird.

Gewiß genügt heute die Siedlung nicht mehr

zur Ueberwindung der Millionenarbeitslosigkeit. Wir haben in der Broschüre „Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit ein geschlossenes Programm für die Beseitigung der Wirtschaftskrise vorgelegt. In diesem Programm spielt die Siedlungsaktion eine entscheidende Rolle. Darum müssen wir ernsthafte Einwände gegen die Siedlung ernsthaft prüfen.“

Die ZdA-Zeitschrift schreibt:

„Daher ist darauf zu drängen, daß zugleich mit dem Siedlungsprogramm die gewerkschaftlichen Vorschläge zur Arbeitsstreckung und planwirtschaftlichen Arbeitsbeschaffung verwirklicht werden.“

Glaubt man etwa durch die gesetzliche Einführung der 40-Stunden-Woche — für die auch wir im übrigen eintreten! —, durch Straßenbau, Hochwasserschutz, durch Aufträge der Reichsbahn und Reichspost oder gar durch die Verstaatlichung der Banken die Kaufkraft der Arbeitermassen mehr zu stärken als dadurch, daß man menschenleere Großgrundbesitzgebiete umbaut in Kleinbauernbezirke und daß man landlose Landarbeiter und zum Lande strebende Proletarier aus Klein- und Mittelstädten ansiedelt auf freiem Grund und Boden, einzeln oder in landwirtschaftlichen Siedlungsgenossenschaften! Natürlich genügt nicht die Schaffung von rund 40 000 Siedlungsstellen. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm des ADGB fordert

zusätzliche Arbeit für eine Million Menschen während der Dauer eines Jahres.

Und wir fügen zwei Forderungen hinzu:

Konzentriert diese Arbeitsbeschaffung auf landwirtschaftliche Siedlung und Kleinwohnungsbau; finanziert beides mit den Mitteln, die bisher für Subventionen an Großagrarien und Großindustrie hinausgeworfen wurden;

dann führt dies Arbeitsbeschaffungsprogramm zu einer Ankurbelung der ganzen Wirtschaft, die über die direkt betroffenen Wirtschaftszweige und über das eine Jahr hinauswirken wird.

Priester der Planwirtschaft.

Der tieferliegende Grund für die Ablehnung der Siedlung durch weite Gewerkschaftskreise liegt in der Befangenheit im planwirtschaftlichen Zukunftsglauben. In der erwähnten Nummer der ZdA-Zeitschrift wird von HANS NOOK die „Staatwirtschaft“ als der „Weg aus der Krise“ proklamiert. Hier wird wirklich ernsthaft die Bankensanierung als Beweis dafür angeführt, „daß nur der Staat fähig ist, das Vertrauen zur Wirtschaft durch Verstaatlichung der Wirtschaft wiederherzustellen“.

Die deutsche Großbankensanierung durch den Staat, diese Umlegung der Verluste leichtfertiger Großbankmachthaber auf die Allgemeinheit, ohne daß sich der Staat ein entsprechendes Mitbestimmungsrecht gesichert, ohne daß er einen entscheidenden Umbau der Banken vorgenommen hätte, das ist tatsächlich das erbärmlichste Beispiel einer Verstaatlichung, das man sich denken kann. In dieser Bankenverstaatlichung sehen wir eine der verhängnisvollsten Maßnahmen der BRÜNNINGEN Wirtschaftspolitik. Denn diese Aktion hat das Reich auf dem Weg über die Großbanken in so enge Verbindung mit der innerlich faulen Schwerindustrie gebracht, daß wirtschaftliche Maßnahmen gegen diese Wirtschaftsparasiten jetzt sogar den Finanzinteressen des Reiches entgegenstehen. Sobald die Subventionen und Hochschutzzölle zu Gunsten der Schwerindustrie aufhören, kommt es dort zu Bankerotten und Bankenverlusten größten Ausmaßes. Und diese Verluste bezahlt dann der Steuerzahler, dank jener famosen „Staatwirtschaft“.

Wer bei dieser Lage der Dinge behauptet, „daß dasjenige Volk die Wirtschaftskrise am raschesten überwinden wird, das als erstes zur Staatwirtschaft übergeht“, der ist jenen Priestern vergleichbar, die dem Proletarier für das Elend in dieser Welt goldene Schlüssel im Jenseits versprechen. Hüten wir uns vor allen

jenen Phantasien und bleiben wir bei der nüchternen Feststellung:

„Der moderne Staat, was auch seine Form, ist eine wesentlich kapitalistische Maschine. . . Je mehr Produktivkräfte er in sein Eigentum übernimmt . . . desto mehr Staatsbürger bentet er aus. Die Arbeiter bleiben Lohnarbeiter, Proletarier. Das Kapitalverhältnis wird nicht aufgehoben, es wird vielmehr auf die Spitze getrieben.“

So weit hat FRIEDRICH ENGELS durchaus recht. („DÜRRINGS Umwälzung der Wissenschaft“, Seite 300.) Er fährt dann fort:

„Aber auf der Spitze schlägt es um“ und meint, daß die sozialistische Planwirtschaft notwendig an die Stelle der kapitalistischen Konkurrenzwirtschaft treten müsse. Wer heute unbefangen die Lage betrachtet, der erkennt, daß genau so gut eine kapitalistisch-faschistische Planwirtschaft an die Stelle der gegenwärtigen Wirtschaft treten kann. Ja, bei den gegenwärtigen Machtverhältnissen ist dieser Gang der Entwicklung sogar der wahrscheinlichere.

„Das Staatseigentum an den Produktivkräften ist nicht die Lösung des Konflikts. . .“ (ENGELS.)

Die Staatwirtschaft braucht keineswegs zum Sozialismus zu führen. Für den Fortschritt zum Sozialismus kommt es darauf an, die kapitalistischen Monopole zu schwächen und schließlich zu brechen. Eine energische Siedlungsaktion kann zur Schwächung und schließlich zur Brechung eines der entscheidenden kapitalistischen Monopole, des Bodenmonopols, führen. Darum ist eine solche Siedlungsaktion mit Rücksicht auf das sozialistische Ziel und mit Rücksicht auf die Abschwächung der Wirtschaftskrise

eine erstrebenswerte Maßnahme.

Werner Hansen.